

Lieberman spricht laut über Israels Apartheidsrealität

Saree Makdisi (Electronic Intifada, 15.11.06)

Das neue Buch des früheren Präsidenten Jimmy Carter wird diese Woche herauskommen. In diesem Buch wird Israel als „Apartheid“ bezeichnet. Doch noch bevor das Buch auf Verkaufsständen ausliegt, haben sich Mitglieder seiner eigenen Partei von seiner Darstellung distanziert. Während diese Bezeichnung für die Unterstützer Israels unangenehm ist, ist es ganz offensichtlich, dass Israel institutionalisierte Diskriminierung gegenüber nicht-jüdischen Bürgern praktiziert. Israel geht darin sogar noch weiter als Süd-Afrika. Während die Weißen in Süd-Afrika die Kontrolle über die Nicht-Weißen auszuüben trachteten, hat Israel seit seiner Errichtung verschiedene Mittel angewandt, um die nicht-jüdische Bevölkerung im Ganzen los zu werden.

Nachdem Avigdor Liebermans Partei sich Israels Koalitionsregierung angeschlossen hat und Lieberman selbst zum Minister für „Strategie gegen die Bedrohung Israels“ ernannt wurde, verursachte er auch einiges Unbehagen unter den ernsthaftesten Unterstützern Israels. Aber Liebermans Aufstieg zum stellvertretenden Ministerpräsidenten sollte denen eine Pause zum Nachdenken geben, die Carter so heftig dafür angriffen, dass er den Terminus Apartheid benützte, um Israels Politik zu beschreiben.

Uns wurde erzählt, dass Lieberman keine Hilfe sei; dass er der falsche Partner für den augenblicklichen Ministerpräsidenten sei; dass er einen Frieden mit den Palästinensern nicht fördern wird; dass er hemmungslos und unverantwortlich sei und dass er (nach der israelischen Zeitung Haaretz) sogar eine strategische Bedrohung sei.

Dieser Konsens ist keine Reaktion auf Liebermans zweifelhaften Hintergrund - frühere Nachtclub-Rausschmeißer gelangten im allgemeinen nicht in staatliche Ämter – es ist eher die Tatsache, dass er bereit ist, diplomatische Nettigkeiten auszuteilen und Israels Ambitionen und Ziele auf primitivste und keineswegs rechtfertigende Weise äußert.

Lieberman wünscht ein Israel ohne die ursprüngliche und einheimische Bevölkerung. Das erklärte Ziel seiner Partei ist es, die palästinensische Minderheit – etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung - aus Israel zu vertreiben und Teile der besetzten Westbank und Ost-Jerusalems mit großer jüdischer Siedlerbevölkerung zu annektieren.

Seltsam daran ist natürlich, dass Lieberman selbst in einer entfernten Provinz der früheren UDSSR geboren wurde und nicht in Israel. Er kam als Erwachsener nach Israel.

Da er jüdisch war, bekam er nach dem israelischen Rückkehrgesetz sofort die israelische Staatsbürgerschaft.

Aber das war für Lieberman als russisch sprechender und gerade dem Flugzeug entstiegener Immigrant offensichtlich noch nicht genug, dass er sofort die Rechte und Privilegien erhielt, die den im Lande geborenen Palästinensern – und den durch die Schaffung des Staates Israel 1948 Vertriebenen - verweigert wurde. Die pure Präsenz einer einheimischen nicht jüdischen Bevölkerung in Israel war für ihn tatsächlich nicht annehmbar.

Also wünscht er sich die Nicht-Juden weg – und er sagt es unverhohlen.

Es ist also weniger die von Lieberman vertretene Politik als sein offener Rassismus, der Israels Fürsprecher, besonders die Liberalen, beunruhigt.

Denn die einzigen bedeutenden Unterschiede zwischen Liberman und den andern isr. Mainstream-Politikern sind eher Fragen des Stils als des Inhaltes.

Alle israelischen Politiker haben sich verpflichtet, Israels Jüdischkeit zu bewahren. Sie müssen dies tun - so ist das Gesetz.

Als der „Staat des jüdischen Volkes“ ist Israel das einzige Land in der Welt, das ausdrücklich behauptet, nicht der Staat aller seiner jetzigen Bürger zu sein (der eine Million Nicht-Juden einschließt). Von denen, die es tatsächlich (mit den besetzten Gebieten beherrscht) sind etwa die Hälfte palästinensische Araber.

Der größte Teil von Israels Land ist z.B. nicht im Besitz des israelischen Volkes, sondern des jüdischen Volkes, wo immer es lebt. Als Nicht-Juden ist es den palästinensischen Bürgern Israels verboten, Staatsland zu erwerben – obwohl das Land eigentlich/ ursprünglich palästinensisch ist.

In ähnlicher Weise verbietet ein revidiertes Nationalitäten-Gesetz palästinensischen Bürgern Israels Palästinenser aus den besetzten Gebieten zu heiraten und mit ihrem Ehepartner in Israel zu leben. Dieses Gesetz gilt aber nicht für jüdische Israelis, die einen jüdischen Siedler heiraten, der in den besetzten Gebieten lebt. Interessanterweise war ein ähnliches Gesetz in Süd-Afrika auf dem Höhepunkt der Apartheid vorgeschlagen worden, doch wurde es vom Obersten Gerichtshof des Landes zurückgewiesen. Israels Nationalitäten-Gesetz jedoch war von Israels Oberstem Gericht erst dieses Jahr gebilligt worden.

Im Grunde ist dies alles nichts Neues. Tatsache ist, dass Nicht-Juden bestenfalls immer ein Hindernis für Israels Jüdischkeit gewesen sind.

Wenn palästinensische Bürger Israels fordern, dass ihr Staat, ein „Staat für all seine Bürger“ wird, dann werden sie bezichtigt, sie würden die jüdische Natur des Staates gefährden. Auch deshalb forderte Israel wiederholt auch zur Aufgabe der Palästinensischen Nationalcharta als Einleitung zu Verhandlungen mit der PLO. Die seit langem bestehende palästinensische Forderung nach einem demokratischen und säkularen Staat, „einem Staat für Araber und Juden“ wurde immer als Bedrohung für Israels Jüdischkeit betrachtet.

Den Bürgern der fortschrittlichen westlichen Demokratien erscheint das Konzept eines demokratischen und säkularen Staates, „eines Staates für all seine Bürger“ grundlegend und normal. Für Israel dagegen ist dies wie ein Fluch.

Das einzige, was Avigdor Liberman vom durchschnittlichen Politiker in Israel unterscheidet, ist seine Bereitschaft, Israels Vision von sich selbst zu einem logischen Abschluss zu bringen. Statt die Nicht-Juden als Bürger zweiter oder dritter Klasse zu tolerieren, wünscht er sie alle zusammen „raus“.

Das Problem ist also nicht, dass Liberman rassistischer ist als andere israelische Politiker. Es ist vielmehr so, dass er schamlos äußert, was die meisten seiner Anhänger nicht wagen, laut zu sagen.

Saree Makdisi ist Dozentin für Englisch und Vergleichende Literatur am UCLA und eine häufige Kommentatorin über den Nahen Osten.

(dt. Ellen Rohlf)